

## Das Erinnerungsjahr 2009

### 2009 Superwahljahr und Gedenkjahr

Das 20. Jahrhundert wird 2009 in Gedenktagen neu verhandelt. Das Wahljahr könnte ein Aufarbeitungsjahr sein: 1949 wurden die Bundesrepublik und die DDR gegründet. 1989 war die Chance auf ein Ende des Kalten Krieges erwacht. Ich habe wenig Illusionen, dass eine wahrhaftige Aufarbeitung der Geschichte auch die CDU erfasst. Die Traditionslinien der jungen LINKEN werden uns als Wurmfortsatz des Kalten Krieges begegnen.

Die Erinnerungsjunktur könnte auch mit dem 24. Oktober beginnen. Am Schwarzen Donnerstag begann vor 80 Jahren an der New Yorker Börse die Weltwirtschaftskrise. Wessen Welt ist die Welt? Den Casinospielern gehört sie jedenfalls nicht. Das kann man im Wahljahr 2009 schon einmal festhalten.

1939 begann Hitlerdeutschland den 2. Weltkrieg. Das vielschichtige politische Fiasko der Weimarer Republik führte nach Auschwitz. Immer weniger Menschen können diesen Kulturbruch erinnern, umso mehr gilt ihnen das Gedenken, um so lauter die Lehre, dass linke Politik in Krisenzeiten kein Selbstläufer ist. 1919 wurden die Mitbegründer der KPD, Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht, ermordet. Heute gedenken ihrer Sozialdemokraten, Christen und Linke aus verschiedenen Traditionen auch über Europa hinaus. Die USPD hinterließ Spuren. Die deutsche Sozialdemokratie war bis 1989 immerhin noch als Programmpartei auszumachen.

Ein Fazit für 2009 ist für mich ohne Konkurrenz: Die Unteilbarkeit von bürgerlichen und sozialen Freiheitsrechten ist die Grundlage linker Politik im 21. Jahrhundert.

■ Lothar Bisky,  
Vorsitzender der Partei DIE LINKE



Gedenken an 11 ermordete Spartakisten in Lichtenberg am Rathaus

Foto: Annegret Gabelitz

### Der blutige Kehraus der Novemberrevolution

Von Jürgen Hofmann

Schon am 10. November 1918 sind sich der Vorsitzende des Rates der Volksbeauftragten, Friedrich Ebert, und der Vertreter der Obersten Heeresleitung, General Wilhelm Groener, über eine Zusammenarbeit zur restlosen Bekämpfung der Revolution einig. In den nächtlichen geheimen Telefonaten zwischen der Reichskanzlei und dem Hauptquartier werden die Schritte vereinbart, um „in Berlin die Gewalt den Arbeiter- und Soldatenräten zu entreißen“, Berlin zu entwaffnen und von Spartakisten zu säubern. Dies offenbart Groener 1925 vor Gericht. Anfang Dezember können Gardetruppen mit scharfer Munition in Berlin einziehen. Wenige Tage vor Weihnachten wird die Volksmarinodivision angegriffen, Anfang Januar 1919 der linke Berliner Polizeipräsident abgesetzt. Emil Eichhorn (USPD) weigert sich, seinen Platz zu verlassen. Es sind viele Vorfälle, die den Unmut und die Ungeduld der revolutionären Kräfte heraufbeschwören. Vieles von den Hoffnungen und Verheißungen der Novembertage war nicht eingelöst. Ein Generalstreik soll den Erwartungen Nachdruck

verleihen. Während der „Revolutionsausschuss“ zum Sturz der Regierung Ebert-Scheidemann aufruft, beschwört die Reichsregierung das Gespenst spartakistischer „Schreckensherrschaft“ und kündigt die „Stunde der Abrechnung“ an. Die folgt auf dem Fuße. Mit beispielloser Härte schlagen die Regierungstruppen die Erhebung nieder. Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht werden am 15. Januar verhaftet und noch am gleichen Tag ermordet. Die demonstrative Teilnahmslosigkeit, mit der Ebert und Noske den Mord an ihren früheren Parteikollegen quittieren und seine Aufklärung behindern, spricht Bände. Die Beisetzung Liebknechts und weiterer 31 Toter der Januarkämpfe im Friedrichshain wird abgelehnt. Am abgelegenen Ende des Zentralfriedhofs Friedrichsfelde werden die Toten am 25. Januar bestattet. Rosa Luxemburg bleibt zunächst unauffindbar. Ihre Leiche wird erst Ende Mai aus dem Landwehrkanal geborgen und am 13. Juni in Friedrichsfelde beigesetzt.

■ Fortsetzung auf Seite 4

# Thema:

## Das Gedenkjahr 2009

1789

**14. Juli** Sturm auf die Bastille von Paris. Beginn der Französischen Revolution.

1919

**15. Jan.** Mord an Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht. Der Prozess gegen die Mörder im Mai endet mit geringen Strafen und Freisprüchen.

**26. Jan.** Wahl zur Verfassunggebenden Preußischen Landesversammlung.

**9.–12. März** Nach Falschmeldungen über Gräueltaten von Aufständischen wird das Standrecht verhängt und Widerstand blutig niedergeschlagen.

**28. Juni** Abschluss des Versailler Vertrages.

1929

**1. Mai** Blutmai in Berlin. Der vom Polizeipräsidenten Zörgiebel (SPD) befohlene Polizeieinsatz gegen Demonstranten fordert 33 Tote und Hunderte Verletzte. Der Vorfall vertieft die Gräben zwischen den beiden großen Arbeiterparteien.

**3.–19. Juli** Die X. Tagung des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale (EKKI) in Moskau erklärt den Kampf gegen rechtsopportunistische Abweichungen zur Hauptaufgabe und bekräftigt die These vom „Sozialfaschismus“, die Sozialdemokraten als „Sozialfaschisten“ diskreditiert.

1939

**23. August** Unterzeichnung des Nichtangriffsvertrages zwischen Deutschland und der Sowjetunion (Hitler-Stalin-Pakt) in Moskau, der Geheimabkommen über territoriale Ansprüche enthält.

**1. Sept.** Mit dem Überfall auf Polen beginnt der Zweite Weltkrieg.

1944

**20. Juli** Attentatsversuch auf Adolf Hitler.

1949

**4. April** Unterzeichnung des Nordatlantikkpaktes und Schaffung der North Atlantic Treaty Organization (NATO) in Washington.

**23. Mai** Das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland tritt in Kraft.

**7. Okt.** Der Deutsche Volksrat konstituiert sich in Berlin zur Provisorischen Volkskammer und setzt die Verfassung der DDR in Kraft.

1979

**17./18. März** In Frankfurt a. M. gründen sich „Die Grünen“.

1999

**19. April** Das umgebaute Reichstagsgebäude wird Sitz des Deutschen Bundestages.

# Die Würde des Menschen ist unantastbar.

## Die Haltung der LINKEN zum Grundgesetz

Als am 23. Mai 1949 das Grundgesetz verabschiedet wurde, sollte es eine provisorische Verfassung sein. Doch das Provisorium existiert immer noch, wenn auch deutlich geschliffen von den etablierten Parteien (CDU, CSU, FDP, SPD und Grüne). Die große Chance, nach der Wiedervereinigung eine gemeinsam von Ost und West erstrittene Verfassung gemäß Art. 146 GG durch freie Entscheidung zu beschließen, wurde vertan. Somit wurde auch die Möglichkeit vergeben, aus der Geschichte beider deutscher Staaten Lehren zu ziehen und diese in einer Verfassung zu verankern. Das Demokratiedefizit der DDR auf der einen Seite und die fehlenden sozialen Grundrechte in der BRD auf der anderen Seite hätten genügend Anlass gegeben, etwas wirklich Neues als Grundlage des Staates zu schaffen. Das wäre auch eine Antwort gewesen, die den Hoffnungen und Wünschen des demokratischen Aufbruchs 1989 gerecht geworden wäre.

Die Teilung Deutschlands war unmittelbare Folge des geschichtlich einmaligen Verbrechens des deutschen Faschismus. Sie ist vollständig wohl nur zu verstehen, wenn man die Systemauseinandersetzung mitdenkt und letztendlich dürften sowohl DDR als auch BRD Vorposten im Kalten Krieg und damit Spielmasse der „Großen“ gewesen sein.

Das Grundgesetz macht mit dem Artikel 1 deutlich, dass aus der Zeit des Faschismus gelernt wurde. Die Würde des Menschen steht im Mittel-

punkt. Die Würde des Menschen wurde aber nach der Verabschiedung des Grundgesetzes durch die etablierten Parteien mit Grundgesetzänderungen auch immer wieder verletzt.

Als der Parlamentarische Rat am 8. Mai 1949 das Grundgesetz gegen die Stimmen von CSU und KPD beschlossen hatte, gab es noch keine Wehrpflicht und keine Notstandsgesetzgebung und es gab auch keinen großen Lauschangriff. Es bleibt hypothetisch, ob das Bundesland Bayern, welches dem GG nicht zugestimmt hatte, unter diesen Bedingungen zugestimmt hätte.

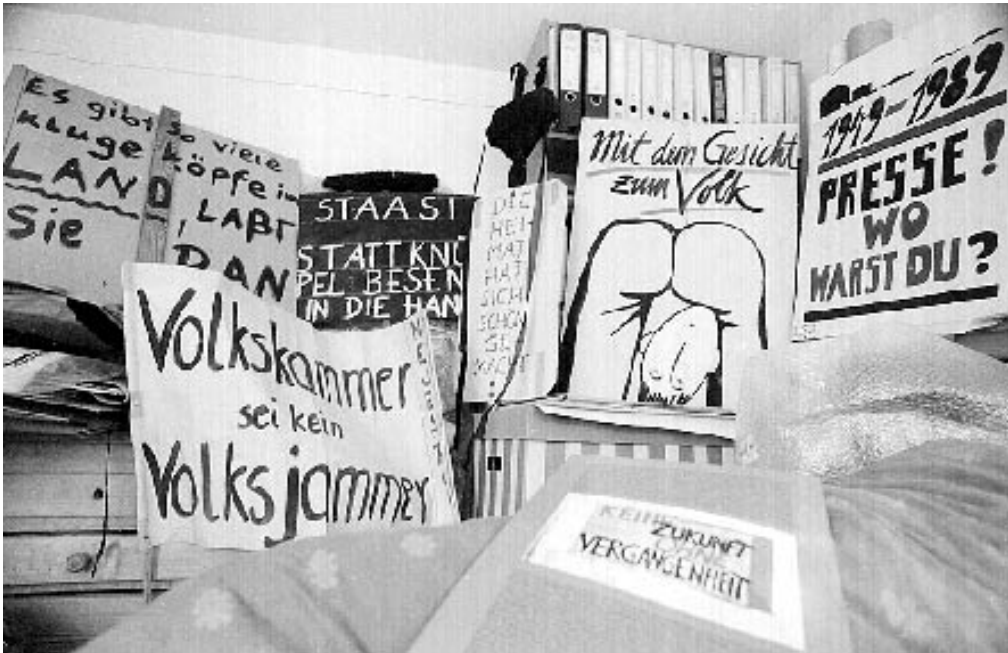
Noch heute ist das Grundgesetz Spielball politischer Interessen. Deshalb ist es zu verteidigen. Bei der Verteidigung darf aber nicht stehen geblieben werden. Zum einen gilt es, aus Papier Realität werden zu lassen, und zum anderen sind Veränderungen hin zu mehr Demokratie nötig. Zu denken ist hier an die Wiederherstellung des Grundrechtes auf Asyl, aber auch an die Verankerung von sozialen Grundrechten.

Linke Politik heute muss das Grundgesetz zum Ausgangspunkt nehmen und es weiterentwickeln, eingebettet in den europäischen Rahmen. Bei der vom Parteivorstand organisierten Konferenz „60 Jahre Grundgesetz – offen für eine neue soziale Idee“ am 6./7. Februar in Leipzig wird dazu Gelegenheit sein.

■ Halina Wawzyniak,  
stellv. Vorsitzende der Partei DIE LINKE



Das Grundgesetz verteidigen heißt auch, die Mitwirkungsrechte des Volkes auszubauen. DIE LINKE unterstützt die Forderungen von „Mehr Demokratie e. V.“ nach Einführung von Volksentscheiden in der Bundesrepublik.



**Plakate und Losungen**, die am 4. November 1989 auf dem Alex gezeigt wurden, bewahrt Lothar Scharsich in seinem Haus auf. Foto (ND): B. Lange - 25.10.1996

## 4. November 1989, Alexanderplatz

Als wir uns am Morgen des 4.11.1989 in der Rosa-Luxemburg-Straße trafen, wurden Armbinden ausgeteilt, darauf stand: „Keine Gewalt“. Es sollte eine friedliche Demonstration für Pressefreiheit werden, so war sie u. a. von Marion von de Kamp angemeldet worden. Der Demonstration voraus gingen zwei Beratungen an Berliner Theatern, die erste an der Volksbühne, die zweite am Deutschen Theater. Ich war als Parteisekretär der Volksbühne mit dabei. In die angespannte Situation zur ersten Zusammenkunft im Foyer der Volksbühne platzte die Nachricht aus Dresden, wie Sicherheitskräfte gegen Demonstranten und Ausreisewillige rund um den Dresdner Hauptbahnhof vorgegangen waren. In den Tagen vor dem 4. November gab es eine Vielzahl von Beratungen auf allen Ebenen, so beim Minister für Kultur, in der SED-Bezirksleitung, im Magistrat. Immer ging es darum, alles für einen friedlichen Charakter der Demonstration zu tun. Hans-Joachim Hoffmann sagte uns, als wir in seinem Dienstzimmer saßen, im ND stünde die Mitteilung, dass ein Schwarm von Wendehälsen (das sind Vögel) in der DDR gesichtet worden sei. Die Regie für die Veranstaltung hatte jedoch nicht die SED, sie war informiert, schickte – wie andere – ihren Redner: Günter Schabowski. Der Demonstrationzug setzte sich in Bewegung, viele hatten Kerzen in den Händen. Voran rollte das „Rad der Geschichte“. Gebaut hatten es die Tischler der Volksbühnen-Werkstätten, die es auch vorwärtsbewegten. Eine Runde um den Palast der Republik, da standen unbewaffnete junge Soldaten des Wachregimentes Schulter an Schulter, dann zurück zum Alexanderplatz. Zwei Tage zuvor hatte ich Christian, meinen Sohn, in Westberlin angerufen, ihm gesagt, er solle mit mir zur Demo gehen, das wäre das Ende der DDR.

Dann auf dem Platz: Immer mehr Menschen kamen, aus der ganzen Republik. Geordnete Züge. Aus Leipzig, Dresden. Transparente wie „Stasi in die Produktion“, die Krenz-Karikatur „Warum hast Du so lange Zähne?“ Über uns kreiste ein kleines Flugzeug. Der LKW der Volksbühne wurde zu einer Tribüne für einen anderen Sozialismus. Wer auch sprach, ich kannte sie (fast) alle: Stefan Heym, Steffi Spira, Christa Wolf („Stell Dir vor, es ist Sozialismus und keiner geht weg!“). Pfeifkonzerte für Günter Schabowski, ein mutiger Auftritt von Markus Wolf, der forderte, nicht die einfachen Mitarbeiter des MfS zu Prügelknaben zu machen. Ein mir nicht persönlich bekannter Rechtsanwalt, Dr. Gregor Gysi (seinen Vater kannte ich besser), der sagte, die beste Staatsicherheit sei die Rechtssicherheit. Viele der Rednerinnen und Redner waren Mitglieder der SED. Die Protestadresse war eindeutig: Gegen das Politbüro, gegen das ZK der SED, gegen die führende Rolle der SED. Heiner Müller hielt eine missverstandene Rede. Kaum Beifall. Es war der Aufruf zur Bildung unabhängiger Gewerkschaften. Viele würden ihren Arbeitsplatz verlieren. Obwohl es nicht sein eigener Beitrag war, den er verlas, es war Heiner Müller, wie ich ihn kannte, er hatte immer etwas von Cassandra. Ich hatte in den letzten Monaten des Jahres begriffen, dass die SED nicht die Kraft zu einer Erneuerung findet. Ich war überzeugt davon, dass die, die auf der Tribüne einen anderen Sozialismus einforderten, sich Illusionen machten, es waren zu viele auf dem Platz und im Land, die wollten keinen Sozialismus mehr. Als Christoph Hein für Leipzig den Titel „Heldenstadt“ einforderte, sind Christian und ich gegangen.

■ Norbert Seichter

### Das Jahr 1989

- 7.5.** Kommunalwahlen in der DDR. Bürgerrechtler machen die Fälschung der Wahlergebnisse öffentlich.
- 13.5.** Auf dem Platz des Himmlischen Friedens in Peking beginnt ein Hungerstreik Tausender Studenten. Die Protestdemonstration wird schließlich blutig niedergeschlagen (4.6.).
- 19.8.** Anlässlich des „Paneuropäischen Picknicks“ flüchten etwa 900 DDR-Bürger über die ungarisch-österreichische Grenze in den Westen.
- 4.9.** In Leipzig beginnen die Montagsdemonstrationen, die sich in den folgenden Wochen zu Großdemonstrationen ausweiten.
- 10.9.** Ungarn öffnet seine Grenzen zu Österreich für ausreisende DDR-Bürger.
- 4.10.** Auseinandersetzungen um die durchreisenden DDR-Flüchtlinge aus der Prager Botschaft in Dresden.
- 7.10.** In Schwante (Kreis Oranienburg) konstituiert sich die Sozialdemokratische Partei der DDR (SDP).
- 4.11.** Großkundgebung auf dem Berliner Alexanderplatz für mehr Demokratie mit ca. 500.000 Teilnehmern.
- 9.11.** Öffnung der Grenzübergänge nach West-Berlin (Maueröffnung).
- 18.11.** Bestätigung der Regierung Modrow durch die Volkskammer, nachdem Hans Modrow (SED) am Vortage in seiner Regierungserklärung einschneidende Reformen angekündigt hatte.
- 26.11.** Namhafte Intellektuelle und Reformer (u. a. Stefan Heym und Christa Wolf) treten im Aufruf „Für unser Land“ dafür ein, die Eigenständigkeit der DDR zu bewahren.
- 1.12.** Die Volkskammer der DDR streicht die Führungsrolle der SED aus der Verfassung.
- 7.12.** Erstmals tritt in Berlin der Runde Tisch unter dem Dach der Kirchen zusammen. Die Vertreter von Parteien und neu entstandenen Bewegungen verhandeln um Reformen in der DDR.
- 8./9.12.** Außerordentlicher Parteitag der SED in Berlin beschließt den Bruch mit stalinistischen Strukturen und die Formierung einer neuen Partei des demokratischen Sozialismus. Zum Parteivorsitzenden wird Gregor Gysi gewählt.
- 19.12.** Offizieller Besuch Helmut Kohls in der DDR und Treffen mit Ministerpräsident Modrow in Dresden.

## Termine:

13. Januar

Gesellschaftspolitisches Forum Marzahn

### **30 Jahre Marzahn-Hellersdorf – Rückblick und Ausblick**

Referentin: Dagmar Pohle, Bezirksbürgermeisterin, Moderation: Dr. Wolfgang Girus  
Eintritt: 1,50 Euro, 19 Uhr, KulturGut Marzahn (Haus1), Alt Marzahn 23, 12685 Berlin

14. Januar

Vernissage zur Ausstellung

### **„Grüß Gott! Da bin ich wieder!“**

Karl Marx in der Karikatur  
Einführende Worte von Prof. Dr. Rolf Hecker, Dr. Uli Schöler und Hans Hübner  
Musikalische Begleitung: Johannes Bauer (Posaune), Moderation: Dr. Angelika Haas  
Gemeinsam mit der Eulenspiegel Verlagsgruppe  
18 Uhr, Helle Panke, Kopenhagener Str. 9, 10437 Berlin

15. Januar

### **Kranzniederlegung zu Ehren Rosa Luxemburgs**

16 Uhr, Cranachstr. 58, 12157 Berlin (S-Bhf. Friedenau)

16./17. Januar

Internationale Rosa-Luxemburg-Konferenz

### **„Mit einem Worte, die Demokratie ist unentbehrlich.“**

Beginn: 16.01.09, 10 Uhr, Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin, Konferenzsaal

16. Januar

Philosophische Gespräche

### **Stalin, Stalinismus, Stalinismen**

Ein Beitrag zur Sozialismusdebatte  
Referent: Dr. Thomas Marxhausen (Halle)  
Moderation: Dr. Falko Schmieder  
Eintritt: 1,50 Euro, 19 Uhr, Helle Panke, Kopenhagener Str. 9, 10437 Berlin

20. Januar

Forum Wirtschafts- und Sozialpolitik

### **Ostdeutschland im 20. Jahr der Einheit**

Podiumsdiskussion mit Dr. Ulrich Busch, Roland Claus (MdB), Prof. Dr. Udo Ludwig (IWH) und Prof. Klaus Steinitz  
Eintritt: 1,50 Euro, 18 Uhr, Helle Panke, Kopenhagener Str. 9, 10437 Berlin

23./24. Januar

Kolloquium

### **Deutschlands Eintritt in die Moderne.**

### **Die ungeliebte Revolution 1918/19 und die Linke**

23.01., 18 – 20 Uhr, Podiumsdiskussion  
Helle Panke, Kopenhagener Str. 9, 10437 Berlin  
(Eintritt: 1,50 Euro)

24.01., 10 – 18 Uhr, Kolloquium

Abgeordnetenhaus von Berlin, Niederkirchnerstr. 5, 10117 Berlin (Eintritt: 5 Euro)

## Impressum:

DIE LINKE.

Landesvorstand Berlin

Karl-Liebknecht-Haus

Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin

Tel. 24 00 93 01, Fax: 24 00 92 60

E-Mail: lv@die-linke-berlin.de

V. i. S. d. P.: Annegret Gabelin

Titel & Gestaltung: WARENFORM

Druck: Druckerei Bunter Hund

Redaktionsschluss: 2. 1. 2008

## Kalenderblatt: Das Jahr 1919

### Der blutige Kehraus der Novemberrevolution

#### Fortsetzung von Seite 1

Das Versprechen Noskes, kein unnützes Blut zu vergießen, war pure Heuchelei. Dies zeigt sich erneut wenige Wochen später. Auf den Generalstreik Anfang März in Berlin reagiert das Preußische Staatsministerium sofort mit dem Belagerungsstand. Truppen des Generals von Lüttwitz provozieren Zusammenstöße. Wieder ist es Reichswehrminister Gustav Noske, dem die Vollzugsgewalt übertragen wird. Falschmeldungen über angebliche Gräueltaten von Aufständischen liefern den Vorwand für die Verhängung des Standrechts. Ungefähr 1200 Menschen fallen dem Terror der Regierungstruppen zum Opfer. In der Französischen Straße werden 29 Matrosen der Volksmarinedivision, die ihre Löhnung empfangen wollen, exekutiert. Leo Jogisches, der Vertraute Rosa Luxemburgs, wird verhaftet und im Untersuchungsgefängnis Moabit ermordet. Die letzten blutigen Kämpfe spielen sich in Lichtenberg ab. Von drei Seiten und mit schwerem Gerät wird die Stadt vor den Toren Berlins eingenommen. An der Friedhofsmauer in der Nähe des Rathauses werden elf Exekutionen vollstreckt.

Um angeblich einen Bürgerkrieg zu verhindern, war er von der Regierung rücksichtslos geführt worden. Die Republik von Weimar trat mit einer blutigen Hypothek ins Leben. „Die letzten acht Tage haben durch ihr leichtfertiges Lügen und Blutvergießen einen in Jahrzehnten nicht mehr wieder zu heilenden Riß in das deutsche Volk gebracht“, vermerkte der Diplomat und Kunstmäzen Harry Graf Kessler unter dem 13. März 1919 in seinem Tagebuch.

Bitte vormerken:

#### **12. März 2009**

Veranstaltung des Landesverbands der LINKEN Berlin anlässlich des 90. Jahrestages der Niederschlagung der Novemberrevolution:  
**Geschichte und Tradition in unserer Stadt.**  
**Die Märzereignisse 1919 im Lichte der Gegenwart**  
Theater an der Parkaue  
in Berlin-Lichtenberg, 18 Uhr

## Gemeinsam gegen Rechtsextremismus, Antisemitismus und Rassismus –

Für Demokratie, Vielfalt und Toleranz

24. und 25. Januar 2009

im Abgeordnetenhaus von Berlin  
Niederkirchnerstr. 5, 10111 Berlin

Beginn: 10.00 Uhr (24.1.)  
und 10.30 Uhr (25.1.)

**DIE LINKE.**  
IM BUNDESTAG

**DIE LINKE.**  
IM ABGEORNDNETENHAUS  
VON BERLIN

Weitere Informationen unter [www.die-linke-berlin.de](http://www.die-linke-berlin.de)

SERVICE